NIEDERSCHRIFT HFA/028/2013

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 14.05.2013 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks	

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp	ohne Ortsbesichtigung
Herr Ludger Kleideiter	
Herr Bernhard Kortmann	Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Meyring
Herr Bernd Kösters	
Frau Brigitte Mollenhauer	
Herr Franz Becks	Vertretung für Herrn Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich	
Herr Thomas Tauber	
Frau Maggie Rawe	
Herr Ulrich Schlieker	bis Verlauf zu TOP 3. ö. S.

Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking	
Herr Hubert Maas	ohne Ortsbesichtigung

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing	ohne Ortsbesichtigung
Herr Peter Melzner	ohne Ortsbesichtigung
Herr Gerd Mollenhauer	
Herr Jürgen Erfmann	
Herr Rainer Murche	nur Ortsbesichtigung
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:15 Uhr
Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Aufhebung der Zweckbestimmung des Interessentenvermögens der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Hamern und der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Gerleve und Übertragung der Grundstücke in das Eigentum der Stadt Billerbeck

Herr Dittrich hält die Formulierung im § 3 der Satzung: „Des Weiteren **sind** bei der zukünftigen Nutzung die Interessen der Landwirtschaft, vor allem der angrenzenden Anlieger, zu berücksichtigen“ für zu verbindlich. Damit setze sich der Rat unnötig unter Druck. Um mehr Spielraum zu haben, sollte das Wort „sind“ durch „sollen“ ersetzt werden.

Nach kurzer Erörterung besteht Einvernehmen, das Wort „sind“ durch „sollen“ zu ersetzen.

Herr Dittrich führt weiter an, dass er sich auch bei der Verwendung der Verkaufserlöse nicht binden wolle (§ 3 letzter Satz). In der Satzung sollte nicht festgeschrieben werden, dass die Verkaufserlöse zwingend für die Wegeunterhaltung im Außenbereich zu verwenden seien. Heute sei noch nicht absehbar, wie die finanzielle Zukunft der Stadt aussehe.

Frau Dirks merkt an, dass der allgemeine Haushalt entlastet würde, wenn die Verkaufserlöse für die Wegeunterhaltung verwandt würden.

Frau Rawe wirft ein, dass es den Mitgliedern des Bezirksausschusses wichtig gewesen sei, die Erlöse für die Wirtschaftswegeunterhaltung im Außenbereich zu verwenden. In der Vergangenheit habe es immer wieder Diskussionen über die Finanzierung der Wegeunterhaltung im Außenbereich gegeben. Außerdem handele es sich tlw. um Schulbusstrecken. Sie würde nicht zustimmen, wenn diese Vorgabe gestrichen würde.

Herr Kleideiter schließt sich der Auffassung des Bezirksausschusses an.

Frau Mollenhauer verweist auf den Hinweis der Bürgermeisterin, dass der allgemeine Haushalt entlastet würde.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass der Bezirksausschuss nur eine vorberatende Funktion habe und der HFA anders entscheiden könne.

Herr Kortmann weist darauf hin, dass der Begriff „Verkaufserlöse“ nicht richtig sei, da es sich um „Erträge“ handele.
Das wird von Herrn Melzner bestätigt.

Bevor man irgendwelche Zugeständnisse mache, sollte die Diskussion über die Finanzierung der Wirtschaftswegeunterhaltung im Außenbereich abgeschlossen sein, so Herr Tauber.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass man mit der jetzigen Formulierung auch den Rückhalt in der Bevölkerung und insbesondere bei den Interessenten habe. Von daher appelliere sie, diese gemeinsame Linie nicht zu verlassen und die Formulierung beizubehalten.

Herr Tauber entgegnet, dass es hier nicht um die Gesamtdiskussion, sondern um eine vorherige Zweckbindung der Einnahmen gehe.

Herr Dittrich schlägt als Kompromiss folgende Formulierung vor: „Sofern Verkaufserlöse erzielt werden, **sollten diese vorrangig** für die Wegeunterhaltung im Außenbereich verwandt werden."

Frau Rawe macht noch einmal deutlich, dass die vom Bezirksausschuss vorgeschlagene Formulierung beibehalten werden sollte.

Herr Brockamp stellt den Antrag auf Abstimmung.
Dieser Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen angenommen.

Der HFA fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Die der Sitzungsvorlage für den Bezirksausschuss am 18.04.2013 beigefügte „Satzung der Stadt Billerbeck über die Aufhebung der Zweckbestimmungen des Interessentenvermögens der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Hamern und Übertragung des Eigentums auf die Stadt Billerbeck" sowie die „Satzung der Stadt Billerbeck über die Aufhebung der Zweckbestimmungen des Interessentenvermögens der Gesamtheit der Beteiligten in der Zusammenlegung von Gerleve und Übertragung des Eigentums auf die Stadt Billerbeck" werden beschlossen.
   Dabei ist jeweils im § 3 der Satzungen der zweite Satz wie folgt zu ändern: „Des Weiteren sollen bei der zukünftigen Nutzung die Interessen der Landwirtschaft, vor allem der angrenzenden Anlieger, berücksichtigt werden. Außerdem ist im letzten Satz des § 3 das Wort „Verkaufserlöse" durch „Erträge" zu ersetzen.

2. Die Zustimmungen der Aufsichtsbehörde sind einzuholen.

3. Die Satzungen sind nach Vorliegen der Zustimmungen ortsüblich bekannt zu machen.

Stimmabgabe: 8 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

2. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW
hier: Belebung der Innenstadt

Herr Brockamp fragt kritisch nach, warum die Sitzungsvorlage keinen Beschlussvorschlag der Verwaltung beinhalte.

Frau Dirks erläutert, dass es zwar einerseits sinnvoll wäre, eine zusätzliche Stelle zu schaffen, auf der anderen Seite hierfür aber kein Geld vorhanden sei. Deshalb könne auch kein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet werden.

Die Feststellung des Herrn Brockamp, dass also verwaltungsseitig vorgeschlagen werde, der Bürgeranregung nicht zuzustimmen, bestätigt Frau

Dirks.

Frau Mollenhauer meint, dass man sich zurzeit bereits auf dem Weg befinde und jetzt auch im Hinblick auf die Finanzlage nicht mehr gemacht werden könne.

Herr Schlieker führt an, dass es bisher üblich gewesen sei, den Antragsteller zu Wort kommen zu lassen. Außerdem sollte die Verwaltung grundsätzliche Erläuterungen zur bisher betriebenen Wirtschaftsförderung geben.

Frau Dirks erklärt, dass sie Herrn Maas nicht aufgerufen habe, weil es sich um eine Bürgeranregung und nicht um einen Fraktionsantrag handele. Herr Maas habe im Rat die Möglichkeit gehabt, seine Anregung zu erläutern.
Dann berichtet sie, welche Aktionen zur Wirtschaftsförderung seitens der Verwaltung unternommen wurden und werden.

Herr Dittrich macht deutlich, dass seitens der SPD-Fraktion weder die Sinnhaftigkeit noch die Machbarkeit einer zusätzlichen Stelle gesehen werde. Es sei Aufgabe der Verwaltung und zwar hauptsächlich der Bürgermeisterin, im Bereich der Wirtschaftsförderung tätig zu sein. Zudem stehe die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Coesfeld zur Verfügung.

Herr Maas führt an, dass ein Wirtschaftsförderer für die gesamte Stadt da sei, nicht nur für die Einzelhändler.

Nachdem Herr Becks rechtliche Bedenken äußert, stellt Frau Dirks fest, dass Herr Maas nicht befangen ist und sich als Ausschussmitglied an der Diskussion über seine Anregung beteiligen könne.

Herr Maas führt weiter aus, dass ein Wirtschaftsförderer nicht mit einem Citymanager zu vergleichen sei. Ein Blick nach Coesfeld zeige, dass ein Wirtschaftsförderer auch dafür da sei, Geld in die Kasse zu spülen. Ein Wirtschaftsförderer müsse vor Ort sein, um Kontakte herzustellen. So sei doch die Frage zu stellen, warum es z. B. keinen Zuzug von Dienstleistern nach Billerbeck gebe oder warum sich die Innenstadt heute so darstelle wie sie ist. Hier gebe es ein klares Defizit.

Frau Dirks weist darauf hin, dass Coesfeld als Mittelzentrum erhebliche Summen in das Stadtmarketing investiere. Dazu sei Billerbeck finanziell nicht in der Lage. Außerdem sei die gewerbliche Struktur in Billerbeck sehr gut und im Einzelhandel stehe Billerbeck ebenfalls gut da.

Herr Tauber kann sich dem mündlich formulierten Beschlussvorschlag der Bürgermeisterin anschließen, der Bürgeranregung nicht stattzugeben. Neben der Verwaltung, die Wirtschaftsförderung betreibe, gebe es ja auch noch die Kreditinstitute, die Makler und auch die Werbegemeinschaft, die allesamt gute Arbeit leisteten. Die Fäden liefen in der Verwaltung zusammen, damit sei der momentanen Situation Genüge getan.

Außerdem sei die Bürgeranregung formal falsch, da der HFA nicht über Gelder der GIWo entscheiden könne.

Herr Geuking kann die Anregung des Herrn Maas gut nachvollziehen. Ein Citymanagement sei der falsche Weg. Wirtschaftsförderung sei etwas ganz anderes, müsse von außen nach innen gehen und sollte langfristig installiert werden. In den letzten Jahren habe sich nicht viel getan in Billerbeck, die anderen Gemeinden seien viel weiter. Außerdem sollte die Thematik mit dem heutigen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt „Personalangelegenheiten“ verknüpft werden.

Frau Dirks hält dem entgegen, dass Billerbeck insgesamt sehr gut aufgestellt sei. Billerbeck werde von manchem anderen Ort um die hier ansässigen Unternehmen beneidet. Dass die Innenstädte einem Wandel unterworfen sei, wüssten alle.

Herr Schlieker merkt an, dass man die Kirche im Dorf lassen sollte und die Wirtschaftsförderung eigentlich nicht schlecht funktioniere. Selbstverständlich müsse man zwischen Citymanagement und der allgemeinen Wirtschaftsförderung unterscheiden. Vielleicht könnte die Wirtschaftsförderung in Zukunft ein bisschen aktiver angegangen werden.

Herr Brockamp stellt fest, dass die Anregung inzwischen zeitlich überholt sei. Seit dem Datum der Antragstellung 8. Februar 2012 habe sich einiges bewegt. Es mache doch heute keinen Sinn, parallel zu den begonnenen Aktivitäten noch die Position eines Wirtschaftsförderers zu besetzen.

Herr Maas führt aus, dass es doch nicht ausreichend sei, auf die Leute einzugehen, wenn sie ins Rathaus kommen. Im Übrigen werfe er die Frage auf, warum die Übernachtungszahlen in Nordrhein-Westfalen, im Regierungsbezirk Münster und im Kreis Coesfeld deutlich nach oben gingen nur in Billerbeck nicht.

Daraufhin machen Frau Dirks und Herr Messing deutlich, dass die Zahlen in Billerbeck immer schon auf einem hohen Niveau gewesen seien und zum anderen ein Hotel aufgegeben habe. Ein weiteres Hotel habe die Meldung nicht weiter gegeben. In Billerbeck liege die Bettenauslastung bei 40%; so hoch sei die Quote nirgendwo. Außerdem sei die Verweildauer in Billerbeck höher als in anderen Städten. Selbstverständlich werde auch an Verbesserungen gearbeitet. Die Strukturdaten seien insgesamt gut.

Herr Maas bleibt dabei, dass die Strukturen verbesserungsfähig seien. Ihm gehe es darum, im Wettbewerb zu anderen Kommunen gut da zu stehen.

Frau Rawe sieht wie Herr Tauber keine Möglichkeit über die Anregung abzustimmen, weil die Kosten von der GIWo aufgebracht werden sollen. Sie erkundigt sich, wie formal hiermit umgegangen werden müsse.

Frau Dirks erklärt, dass über die Anregung nicht beschlossen werden

müsse und sie z. B. nur zur Kenntnis genommen werden könne.

Herr Tauber findet es nicht in Ordnung, wenn eine Bürgeranregung erst nach gut einem Jahr zur Beratung vorgelegt werde. Er bittet die Verwaltung, eine Liste aller eingegangen und noch nicht beratenen Bürgeranregungen und Fraktionsanträge vorzulegen.

Frau Dirks sagt das zu.

Herr Becks stellt fest, dass heute einige Fragen zum Tourismusbereich aufgeworfen wurden, die abgearbeitet werden müssten.

Frau Dirks teilt mit, dass Herr Schmiedel derzeit die Unterlagen zusammenstelle und demnächst im Ausschuss vorstelle.

Schließlich fasst der HFA folgenden

Beschluss:
Die Bürgeranregung zur Belebung der Innenstadt Billerbeck wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Ausbau der digitalen Ratsarbeit

Herr Schlieker erklärt, dass er sich eine deutlich schnellere und sukzessive Einführung der digitalen Ratsarbeit wünsche. Außerdem frage er sich, warum die Stadt die iPads anschaffen solle. Besser wäre es nach seiner Meinung, wenn diese von den Ratsmitgliedern gekauft würden und die Stadt einen Zuschuss gewähre. Jedem Ratsmitglied sollte aber freigestellt sein, ob es mit einem iPad oder weiterhin mit Papier arbeiten möchte. Weiter sei er der Meinung, dass deutlich günstigere Geräte bis max. rd. 250,-- € durchaus ausreichend seien, lt. Somacos genüge ein iPad 2. Des Weiteren sei er der Meinung, dass die WLAN-Kosten von den Fraktionen getragen werden sollten.

Frau Dirks merkt an, dass die Verwaltung für alle Vorschläge offen sei und zunächst die Variante vorgestellt habe, bei der keine Eigenbeteiligung erforderlich sei.

Herr Kortmann regt an, den Fraktionen vorab iPads zum Testen zur Verfügung zu stellen.

Frau Mollenhauer ist es wichtig, dass die Anschaffung von iPads nicht für alle Ratsmitglieder verpflichtend sei. Wer weiterhin mit Papier arbeiten wolle, sollte das tun dürfen. Zu bedenken sei, dass noch Personalkosten für eine Einführung in das Programm anfielen. Außerdem sollten nicht nur die Ratsmitglieder, sondern auch die sachkundigen Bürger mit einem iPad arbeiten können.

Herr Tauber ist ebenfalls der Meinung, dass auch die sachkundigen Bür-

ger ein iPad haben sollten. Diesen würden bislang ja auch alle Unterlagen zugesandt.

Herr Dittrich erklärt, dass er der Sitzungsvorlage nicht zustimmen könne, weil zum einen die sachkundigen Bürger nicht berücksichtigt seien und weil er meine, dass es unterschiedliche Varianten geben sollte, z. B. nur die Sitzungsvorlagen in Papierform zu erhalten und die Niederschriften online. Das sollte abgefragt werden. Außerdem seien die in der Vorlage genannten Kosten nach außen hin nicht vertretbar. Der Vorschlag von Herrn Schlieker bzgl. eines Zuschusses sollte geprüft werden.

Herr Brockamp möchte im Hinblick auf die Kommunalwahl 2014 nichts übers Knie brechen und schlägt vor, zunächst jeder Fraktion testweise ein iPad zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren unterstütze er den Vorschlag des Herrn Schlieker bzgl. einer finanziellen Beteiligung der Ratsmitglieder.

Herr Messing stellt heraus, dass eine gewisse Anzahl von Usern erreicht werden müsse, damit sich die Fixkosten rechneten.

Herr Schlieker weist darauf hin, dass auch heute schon Ratsmitglieder über ein iPad verfügen und deshalb den Fraktionen kein iPad testweise zur Verfügung gestellt werden müsste.

Frau Rawe ergänzt, dass sie möglichst schnell mit der digitalen Ratsarbeit beginnen wolle und die Einführung nicht bis zur nächsten Legislaturperiode verschoben werden sollte.

Herr Dittrich hält es ebenfalls nicht für notwendig, jeder Fraktion ein iPad testweise zur Verfügung zu stellen. Eine Alternative wäre, im Rathaus ein iPad vorzuhalten, das von den Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern zum Kennenlernen abgerufen werden könne.

Herr Messing wiederholt, dass sicher sein müsse, dass mehr als 10 – 15 User digital arbeiten wollen. Außerdem sollte eine Aussage über die Höhe des Zuschusses getroffen werden.

Herr Tauber spricht sich im Gegensatz zu Herrn Schlieker dafür aus, i-Pads der neueren Generation anzuschaffen. Ungeklärt sei des Weiteren noch, ob die Fa. Somacos inzwischen die hier angesprochenen fehlenden Funktionen in das Programm eingearbeitet habe.

Herr Messing weist darauf hin, dass Somacos Anregungen aufgreife und mindestens 2 Release im Jahr durchführe.

Herr Brockamp wirft die Frage auf, was mit dem Zuschuss passiere, wenn ein Ratsmitglied nicht wieder gewählt werde.

Herr Schlieker schlägt vor, dass sich die Ratsmitglieder mit der Inanspruchnahme des Zuschusses verpflichten sollten, mindestens ein Jahr mit dem iPad zu arbeiten und wenn das nicht der Fall sei, der Zuschuss

zurückgezahlt werden müsse.

Herr Becks weist darauf hin, dass andere Kommunen mit der Einführung von iPads bis zur nächsten Wahlperiode warteten, weil es bis dahin noch Verbesserungen des Programms geben soll.

Frau Dirks merkt an, dass man hierdurch keinen Vorteil habe, weil man an allen Neuerungen partizipiere und das Programm immer aktualisiert werde.

Frau Dirks fasst als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass allgemein Interesse an einer früheren Einführung der digitalen Ratsarbeit bestehe und ein Zuschuss von insgesamt 250,-- € auf 5 Jahre à 50,-- € gewährt werden soll.

Auf Nachfrage von Herrn Tauber wird verwaltungsseitig geklärt, ob eine Versicherung der iPads über die Stadt möglich ist.

Auf die Frage von Herrn Becks zum Standard der iPads führt Herr Messing aus, dass die Fa. Somacos zugesagt habe, auch den Standard iPad 2 zu bedienen.

Im Hinblick darauf, dass es sich um einen Beschlussvorschlag für den Rat handele, schlägt Herr Messing schließlich vor, dass jede Fraktion spätestens bis zur Ratssitzung am 16. Juli 2013 mitteilen sollte, wie viele ihrer Mitglieder ein iPad wünschen. Wenn sich insgesamt mehr als 15 Ratsmitglieder hierfür aussprächen, würden iPads direkt nach den Sommerferien zur Verfügung gestellt.
Diesem Vorschlag schließen sich die Ausschussmitglieder **einstimmig** an.

4. Mitteilungen

4.1. Regularien für die Aufstellung von Ortseingangsschildern - Frau Dirks

Frau Dirks teilt zum Hinweis von Herrn Dübbelde mit, dass verantwortlich für die Festlegung der Standorte die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld sei. Nach deren Auskunft würden die Ortstafeln dort aufgestellt, wo mindestens einseitig eine zusammenhängende Bebauung beginne.
Konkret auf das Baugebiet „Gantweger Bach“ würde lt. Straßenverkehrsbehörde eine Versetzung der Ortstafel positiv beschieden werden. Die Verkehrssicherungspflicht inklusive der Winterdienst des Straßenteilstückes würde dann der Stadt Billerbeck obliegen. Auf der L 581 – vor dem Baugebiet – ist die max. Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h reduziert worden und es gebe einen sicheren abgetrennten Fuß- und Radweg, so dass sich bei einer Versetzung der Ortstafeln nichts für die Anlieger än-

dere.
Im Bereich der K 30 (Umgehungsstraße) stehe die Ortstafel da, wo die Bebauung linksseitig aufhöre. Linksseitig gebe es keine zusammenhängende Wohnbebauung und rechtsseitig erst ab dem Wohngebiet Dreitelkamp. Auch hier bestehe 50 km/h. Im Hinblick auf die Übernahme der Verkehrssicherungspflichten sollte die bestehende Regelung beibehalten werden.

4.2. Mögliche Städtepartnerschaft - Frau Dirks

Frau Dirks berichtet über den Besuch einer französischen Delegation zwecks Anbahnung einer möglichen Städtepartnerschaft. Die Besucher seien sehr beeindruckt von Billerbeck gewesen. Demnächst werde ein Gegenbesuch stattfinden, danach sollte dann entschieden werden, ob Interesse an einer öffentlichen Partnerschaft bestehe.

5. Anfragen

5.1. Fachärzte in Billerbeck - Frau Rawe

Frau Rawe erinnert an den Antrag der Grünen, zum Thema Fachärztemangel einen Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung in den Ausschuss einzuladen.
Frau Dirks teilt mit, dass sie einen Termin mit einem Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung vereinbart habe.

5.2. Umsetzung Nichtraucherschutzgesetz - Herr Dittrich

Herr Dittrich erkundigt sich nach dem Sachstand zur Umsetzung des erweiterten Nichtraucherschutzgesetzes in Billerbeck.
Herr Messing berichtet, dass keine speziellen Kontrollen geplant seien. Es werde erwartet, dass die Vorgaben in den Gaststätten konsequent eingehalten werden. Bei erstmaligen Zuwiderhandlungen soll auf die Gesetzeslage hingewiesen werden und beim zweiten Mal mit Verwarnungen und ggf. Bußgeldern agiert werden.
Bei Schützenfesten sei abgesprochen worden, dass auch in den Zelten nicht geraucht werden dürfe. Darüber seien sämtliche Festwirte informiert worden. Bisher habe es keine Klagen oder Beschwerden gegeben.

5.3. Neue Friedhofssatzung - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erinnert an den CDU-Fraktionsantrag zur Einführung

neuer Bestattungsformen. Nach einer Beratung im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten sollte eine neue Satzung möglichst zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die Nachfragen nach pflegeleichten Gräbern auch auf dem alten Friedhof mehrten sich.

Frau Dirks und Herr Messing teilen mit, dass zurzeit die Grundlagen für die Gebührenkalkulation erarbeitet würden und die Gebührenkalkulation in der nächsten Sitzung vorgestellt werde.

Frau Mollenhauer unterstreicht die Dringlichkeit der Angelegenheit.

5.4. Geschwindigkeitsüberschreitungen "Zu den Alstätten" - Herr Kortmann

Herr Kortmann erkundigt sich, ob das Tempomessgerät an der Straße „Zu den Alstätten“ aufgestellt werden könne, da die Nachbarschaft zu schnelles Fahren beobachte.
Herr Messing sagt zu, das Gerät dort demnächst einzusetzen.

5.5. Neuer Personalausweis - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter erkundigt sich nach der Handhabung im Rathaus bzgl. der vorgeschriebenen schriftlichen Information der Bürger über die neuen Merkmale des Personalausweises.

Herr Messing teilt mit, dass er davon ausgehe, dass alle rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Er werde aber noch einmal nachfragen, ob das Merkblatt ausgehändigt werde.

5.6. Samstagsöffnung des Bürgerbüros - Frau Rawe

Frau Rawe erkundigt sich nach der Resonanz auf die erste Samstagsöffnung des Bürgerbüros.

Herr Messing berichtet, dass 8 Bürger mit ihren Anliegen ins Rathaus gekommen seien, zwei davon allerdings vergeblich, weil sie ihre PKW anmelden wollten. In der Zeitung sei irrtümlich veröffentlicht worden, dass dies vor Ort möglich sei.
Nach Ablauf der Testphase werde eine dezidierte Auswertung vorgelegt.

5.7. Kopierkosten - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter führt an, dass die Bürger für eine Kopie im Rathaus 0,50 € zahlen müssten, er halte diesen Preis für zu hoch.

Herr Messing verweist auf die Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung

des Landes NRW.

5.8. Erinnerung an die Überlassung eines Schreibens - Herr Geuking

Herr Geuking erinnert die Bürgermeisterin an ihre Zusage, den Ratsmitgliedern den Brief eines Drogeriemarktes zukommen zu lassen.

Marion Dirks Bürgermeisterin	Birgit Freickmann Schriftführerin